

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 311 | 04/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

MEHR GEHALT, MEHR PERSONAL KÜRZERE ARBEITSZEIT!



AUS DEM INHALT

» Der **Aufstieg der FPÖ** macht Angst. Nötig ist der Kampf gegen FPÖ, Rassismus und gegen Sozialabbau.
Schwerpunkt

» In **Frankreich** gibt es Massenproteste gegen die Erhöhung des Pensionsalters. Wie gekämpft und was gefordert wird.
Seite 16

» Die Wirtschaft schreit „**Arbeitskräftemangel**“ – doch dieser ist hausgemacht in einem System, wo Profite alles sind.
Seite 5

WER

WIR

SIND



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische Linkspartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine

Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Brigittenau 1

jeweils Mittwoch, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Wegen Corona können die Treffen unterschiedlich stattfinden. Aktuelle Infos unter slp.at/kalender, Einwahldaten für Online-Treffen unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 2560000000008812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

WARM UP ZUM 1. MAI

29.4.2023

15:00–18:00 | Augarten Wien

Ein politisches Picknick mit Inputs zur Geschichte des 1. Mai, zu Streiks

und Protesten sowie Vorschlägen für Widerstand in Schule und Spital. Bring Essen mit und bereiten wir uns gemeinsam auf einen kämpferischen 1. Mai vor!

Details unter www.slp.at

Arbeitszeit runter, Löhne rauf, mehr Personal!

von Sonja Grusch

Arbeit unter den Zwängen einer kapitalistischen Gesellschaft ist fremdbestimmt, oft sinnlos, unter gefährlichen und schwierigen Bedingungen, mies bezahlt, langweilig, monoton. Doch es ist unsere Arbeit, die das ganze System am Laufen hält, und es ist einer der Grundwidersprüche der profitorientierten Produktionsweise, dass Beschäftigte möglichst wenig Arbeit für so viel wie möglich Bezahlung wollen – während die Unternehmen genau das Gegenteil wollen.

Normalarbeitstag wird zur Ausnahme

Der Arbeitsdruck ist in den letzten Jahrzehnten massiv gestiegen, Arbeit wurde „verdichtet“, Pausen können oft nicht gemacht werden, bei Amazon & Co. ist nicht einmal der Gang zur Toilette möglich, Überstunden sind die Regel. Im internationalen Konkurrenzkampf wird versucht, die Produktivität zu steigern und immer mehr Leistung aus den Beschäftigten herauszupressen. Leistung, die sich für die Firmen, nicht für die, die sie erbringen, lohnt. 28% aller hierzu-lande 2022 geleisteten Arbeitsstunden waren Überstunden, in der EU sind „wir“ Platz 2 bei langen Arbeitszeiten, mindestens die Hälfte der Beschäftigten ist überlastet. Dass nun endlich wieder über Arbeitszeitverkürzung diskutiert wird, ist logisch und notwendig. Denn die letzte flächendeckende Arbeitszeitverkürzung ist fast ein halbes Jahrhundert her! Stattdessen wurden 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche 2018 erleichtert.

Achtung vor Mogelpackungen!

Anstatt zu fordern was angesichts der Überlastung nötig ist, versuchen Gewerkschaft und Arbeiterkammer den Unternehmen eine Arbeitszeitverkürzung mit Studien und Beispielen schmackhaft zu machen, die zeigen, dass die Beschäftigten dann gesünder,

zufriedener und genauso leistungsfähig sind. Eine win-win-Lösung für alle.

Da läuten bei mir alle Alarmglocken, denn im Zentrum stehen Profite, so funktioniert Kapitalismus! Diese Arbeitszeitverkürzungsmodelle sind für den „Kreativbereich“ getestet und für leitende Funktionen. Es gibt sie in Form von Arbeitszeit-Blockung (4 Tage zu je 10 Stunden) oder auch Arbeitszeitverkürzung, teilweise sogar mit vollem Gehalt. Sie gehen häufig mit Home-Office einher. So braucht man weniger Pausen, weniger Fahrzeiten, weniger Office-Space, Kosten für Heizen und Internet werden auf die Beschäftigten abgeschoben und Beschäftigte können die (kranken) Kinder und Angehörigen „nebenbei“ betreuen. Beim Kochen denkt man übers Projekt nach, beim Putzen diskutiert man eine Lösung mit dem Kollegen. Arbeit und Freizeit verschwimmen, die Firma profitiert, die Gesundheit leidet zumindest mittelfristig. Nicht zufällig macht die Individualisierung auch Widerstand schwerer, weil man viel weniger sieht, dass die eigenen Probleme dieselben sind wie die von anderen. Für die meisten funktioniert das ohnehin nicht: Lehrer*innen, Verkäufer*innen oder Pflegekräfte können nicht dasselbe in kürzerer Zeit leisten.

Es gibt im Kapitalismus keine win-win-Situationen, sondern es ist ein ständiges Tauziehen. Es geht nicht darum, Firmen davon zu überzeugen, dass eigentlich sie die großen Gewinner einer Arbeitszeitverkürzung wären. Sondern es geht darum, eine echte Verkürzung der Arbeitszeit *und* mehr Bezahlung *und* mehr Personal zu erkämpfen. Und das geht nicht mit Studien oder „guten Argumenten“, sondern mit Organisation, Protesten und Arbeitskämpfen. Weil uns nämlich noch nie was geschenkt worden ist.



Was wurde aus der Krise, von der alle gesprochen haben?

von Yasmin Morag

In den letzten Monaten haben Institutionen wie der Internationale Währungsfonds IWF, aber auch die Österreichische Nationalbank ÖNB und viele andere immer wieder ihre Wirtschaftsprognosen aktualisiert. Sie sind geschwankt zwischen Prognosen für ein tiefes Eintauchen in eine Krise, zu einem optimistischeren Bild, dass genau diese vermieden werden kann. Und jetzt – nach dem Zusammenbruch einer Reihe von Banken – ändern sie ihre Prognosen erneut.

Wie wahrscheinlich ist eine Krise?

Wirtschaftswissenschaftler*innen haben im wesentlichen auf oberflächliche Auslöser für diese Krise hingewiesen, wie die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Nahrungsmittelproduktion und die Sanktionen gegen Russland und die damit verbundenen Probleme für die Energieversorgung. Selbst diese Faktoren haben bereits zu massiven Hungersnöten v.a. in den neokolonialen Ländern geführt und auch breite Schichten in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern in die Armut oder in die Nähe der Armut getrieben. Das hat die seit Jahrzehnten größte Streikwelle in Britannien ausgelöst, und, in Verbindung mit der Krise rund um die hohe Staatsverschuldung, auch den Aufstand in Sri Lanka.

Die Regierungen und Institutionen haben versucht, die Inflation unter Kontrolle zu bekommen, indem sie die Zinsen erhöht haben – in der Hoffnung, die Nachfrage zu kontrollieren und sie an die Angebotskrise anzupassen und um eine Stagflation zu verhindern (Inflation+Krise) eine „kontrollierte“ Rezession zu riskieren. Aber die eigentlichen, tieferliegenden Ursachen einer Krise sind nicht die Faktoren, die sie auslösen. Auch deshalb kann das Drucken von Geld oder die Erhöhung der Zinsen diese strukturelle Ursache

nicht lösen, sondern produziert weitere Probleme.

Warum gibt es eine Krise?

Nach Jahrzehnten des „freien“ Welt Handels und „offener“ Märkte stößt das System bei der Konzentration von Reichtum und der Steigerung der Rentabilität durch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und menschlicher Arbeit an seine Grenzen. Das liegt hinter den zunehmenden imperialistischen militärischen und wirtschaft-

Verfall eines Systems ergeben, das längst todgeweiht ist.

Und was bedeutet das alles für Österreich?

Bundeskanzler Nehammer tut so, als ob die Katastrophe abgewendet worden wäre. Aber Österreich ist keine Insel – im Gegenteil. Die österreichische Wirtschaft ist hochgradig abhängig vom Handel mit den EU-Ländern, aber auch mit Russland, Kasachstan... Das macht sie um so anfälliger, wenn

Info

Während die Reichen ihr Vermögen in „krisensicheren“ Werten wie Immobilien oder Gold angelegt haben und genug besitzen, um „durchzutauchen“ oder sogar zu profitieren, haben „normale“ Menschen diese Spielräume nicht. Eine Krise trifft alle aus der Arbeiter*innenklasse hart, einige (Frauen, Arme) sogar noch mehr. Firmenpleiten

und Stellenabbau führen zu massiver Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Wer den Job behalten kann, leidet unter höherem Arbeitsdruck und ist erpressbar und kann sich nicht gegen Belästigung wehren. Wer Hilfe benötigt, bekommt nicht, was nötig ist, da der Staat im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich kürzt.

lichen Konflikten zwischen China und den USA – das Ringen um den Zugang zu Ressourcen ist jetzt ihre beste Option, um die Profite zu steigern. Zusätzlich hat sich in diesen Jahrzehnten auch die Instabilität der Märkte erhöht – ein großer Teil des Reichtums ist mit dem Finanzsektor und verschiedenen Spekulationsblasen verbunden und kommt nicht aus realen Werten aus der Produktion. Das Ganze wurde weiter angetrieben durch ein riesiges Kreditvolumen und massive staatliche Rettungspakete im Zuge der Krise von 2008 – Geld, das zumeist in Spekulationsblasen und nicht in die Produktion geflossen ist. Bis heute haben viele Unternehmen und Wirtschaftszweige wegen dieser Gelder als „Zombies“ überlebt, aber irgendwann muss auch diese Blase platzen. Verschiedene Maßnahmen, wie die Erhöhung der Zinsen, könnten die Krise hinauszögern. Aber nichts kann die strukturellen Probleme lösen, die sich aus dem

der Konflikt zwischen den Blöcken eskaliert. Gleichzeitig stehen Pflege- und Bildungsbereich vor dem Kollaps, Lohnerhöhungen reichen (im besten Fall) kaum an die Inflation heran. Und während viele nicht wissen, wie sie ihre Miete oder Stromrechnung zahlen sollen, weil die Inflation seit sechs Monaten zweistellig ist, profitieren die Superreichen: Die Erste Bank hat ihren Gewinn von 2021 auf 2022 um 20% (!) gesteigert.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es zu einer Rezession kommt, und wir können darauf wetten, dass die Kapitalist*innen versuchen werden, die Kosten wie bei jeder Krise auf unseren Rücken abzuwälzen. Das dürfen wir nicht zulassen! Der einzige Weg, um zu verhindern, dass die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft uns immer und immer wieder treffen, ist dafür zu kämpfen, die Ursache dieser Krisen endlich los zu werden – das verfallende kapitalistische System!

Arbeitskräfte- mangel als Gefahr...

beide Artikel von Stefan Brandl

Die Herrschenden erklären fehlende (Fach-)Arbeitskräfte zu einem der größten Risiken für das Wirtschaftswachstum. "Arbeitskräftemangel" bezieht sich dabei immer auf die Profitlogik im Kapitalismus - wird in einem Sektor kein Profit gemacht, gibt es dort keinen Arbeitskräftemangel, egal wie viel Arbeit unerledigt bleibt.

Eine "Lösung" der Herrschenden ist Migration: Fehlende Facharbeiter*innen sollen durch Menschen aus dem Ausland ersetzt werden. Das widerspricht nur scheinbar dem rassistischen Kurs aller etablierten Parteien. Profitabel ausbeutbare Migrant*innen "dürfen" kommen und arbeiten, grundlegende Rechte werden ihnen weiter vorenthalten. Um zu verhindern, dass Migrant*innen zum Lohn-drücken missbraucht werden, muss sich die Gewerkschaft stark machen. Und zwar nicht gegen Migration, sondern für volle und gleiche Rechte für alle, die hier arbeiten. Das verhindert die Spaltung der Beschäftigten und



hebt den Lebensstandard aller.

Eine andere "Lösung": Durch Angriffe auf das Arbeitslosengeld sollen Arbeitslose "motiviert" werden, schlecht bezahlte oder unsichere Jobs zu schlechten Bedingungen anzunehmen. Geradezu zynisch, wenn Nehammer (ÖVP) sagt: "Arbeit muss wieder etwas wert sein". Geplant ist nicht, Löhne und Gehälter zu erhöhen, sondern die Arbeitslosenbezüge zu kürzen, je länger man arbeitslos ist. Bei Teilzeit will Kocher (Minister für Arbeit, ÖVP) Sozialleistungen kürzen - auch da stolpert die Regierung über eigene Widersprüche: Viele Unternehmen bieten nur Teilzeit an, um zu sparen - obwohl viele Beschäftigte auf Vollzeit wechseln wollen. Und viele Frauen können wegen

Betreuungspflichten (Angehörige, Kinder, ...) nur Teilzeit arbeiten.

Die aktuellste "Lösung" der Herrschenden (in Österreich und international) ist es, Menschen einfach länger arbeiten zu lassen: Im Rahmen der Regierungsklausur 2023 ist der einzige Punkt bezüglich "Schwerpunkte Arbeitsmarkt gegen Arbeitskräftemangel" das Anheben des effektiven Pensionsantrittsalters. Die geblockte Altersteilzeit soll verunmöglicht werden und Menschen länger zum Arbeiten gezwungen werden, obwohl viele krank und ausgebrannt sind von ebendieser Arbeit. Eine ähnliche Entwicklung sehen wir aktuell auch in Frankreich, wo das Pensionsantrittsalter um 5 Jahre erhöht werden soll.

... oder Chance für Verbesserungen!

Die andere Seite: Seit der Corona-Pandemie bezeichnet der Begriff "Great Resignation" (Großes Kündigung) vor allem junge Menschen, die nicht länger in unsicheren und schlecht bezahlten Jobs oder isoliert und entfremdet im Home-Office arbeiten wollen und deshalb kündigen. Es bleiben Stellen offen und Unternehmen müssen "was bieten", um wieder Leute zu finden.

Sogar die Industriellenvereinigung plädiert für öffentliche Kinderbetreuung, um mehr Arbeitskräfte "freispiel" zu können - zahlen wollen sie das aber nicht und staatliche Gelder sollen

für Unternehmenssubventionen und nicht für den "Sozialstaat" verwendet werden.

Ideologisch hat sich das neoliberale Mindset "leben, um zu arbeiten" in ein "arbeiten, um zu leben" gewendet. Arbeit wird als notwendiges Übel gesehen - was es in einer kapitalistischen Gesellschaft auch ist. Der Arbeitskräftemangel, das neue Selbstverständnis plus ein erhöhtes Selbstbewusstsein, weil Corona gezeigt hat, wer wirklich alles am Laufen hält - all das bietet eine riesige Chance für die Arbeiter*innenbewegung und bringt sie in

eine bessere Verhandlungsposition.

Das muss die Gewerkschaft für eine Offensive nutzen - für Arbeitszeitverkürzung, für höhere Löhne und mehr Personal und für echte Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung. Auch garantierte kostenlose Kinderbetreuung für alle Kinder, der Ausbau von Pflegeeinrichtungen und massive Verbesserungen im Bildungswesen sind ein gewerkschaftliches Thema. Eine kämpferische Gewerkschaft kann das und noch viel mehr erreichen.

Rücken krumm, Taschen leer – FSW: Danke sehr!

Interview mit einer Aktivistin der kämpferischen Basisgruppe beim FSW Obdach Wien (ODW, eine Tochter des FSW für die Betreuung Obdachloser und Wohnungsloser).

Warum habt ihr euch gegründet?

Es herrscht seit geraumer Zeit eine große Unzufriedenheit im FSW, allerdings hat der letzte KV-Abschluss 2022 die Wut zum Überkochen gebracht und war ausschlaggebend für die Gründung der ODW-Basisgruppe. Prinzipiell fokussieren wir uns auf den Bereich des ODW, allerdings bearbeiten wir auch FSW-weite Themen wie die der Leistungsbewertung, welche ebenfalls eine bedeutende Rolle bei der Gründung spielte, weil sie regelmäßig Konflikte und Unzufriedenheit schürt, da sie dem Sozialbereich eine neoliberalistische Denkweise aufzwingt.

Im Rahmen der Leistungsbewertung werden Beschäftigte von ihrer Führungskraft anhand von 5 Merkmalen (unter anderem „Soziale Kompetenz“ oder „Umgang mit persönlichen Ressourcen“) mittels Punkten von 1-5 bewertet. Anhand dieser Punktezahl bekommt jede/r Beschäftigte eine Leistungsprämie ausbezahlt. Abgesehen davon, dass hier eine subjektive Bewertung stattfindet, fließen zum Beispiel Krankenstände und Mehrarbeit in die Bewertung mit ein und der Algorithmus zur Berechnung ist intransparent, sodass die Prämie von 200€ bis zu 2.000€ reichen kann.

Weitere zentrale Themen sind die unmenschliche Normalarbeitszeit von 40Std./Woche, welche in unserem Bereich häufig 6-Tage-Wochen bedeutet. Außerdem bzw. im Zuge dessen kämpfen wir mit einem konstanten Personalmangel aufgrund fehlender Nachbesetzungen von Langzeitkrankenständen und auch aufgrund der hohen Fluktuation des Personals, da kaum jemand lange unter den

bestehenden Arbeitsbedingungen arbeiten kann oder möchte.

Was habt ihr bis jetzt gemacht?

Seit unserer Gründung im September 2022 hat sich die Art unserer Arbeit stets entwickelt. Anfangs galt der Fokus einerseits auf uns als Basisgruppe aufmerksam zu machen, um Personen ins Boot zu holen, sowie andererseits auf Vernetzungen mit z.B. „Sozial, aber nicht blöd“, um Infos und Erfahrungsberichte zu Arbeitskämpfen einzuholen. Relativ bald haben wir dann versucht, den Betriebsrat für den schlechten Abschluss zur Verantwortung zu ziehen und eine Betriebsversammlung genutzt, um Druck aufzubauen. Bei der Konzernbetriebsversammlung überreichten wir als Basisgruppe unsere Forderungen für einerseits eine Nachverhandlung, sowie die Abschaffung der Leistungsbewertung und Umwandlung in eine fixe Jahresprämie sowie Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich. Unsere Arbeit hat unseren Betriebsrat wachgerüttelt und es gibt stellenweise Kooperationen – z.B. haben wir als Basisgruppe eine Unterschriftenaktion gegen die Leistungsbewertung ins Leben gerufen, die vom Betriebsrat aktiv beworben wurde, welche zurzeit noch läuft und bereits von Bereichen außerhalb des ODW vor Ort angefragt wurde. Wir konnten ebenfalls regelmäßige Betriebsversammlungen erwirken, da hier Kolleg*innen innerhalb der Arbeitszeit aktiv werden können, was von zentraler Bedeutung ist, da eine 40Std.-Woche kaum Zeit lässt, sich anderweitig politisch zu engagieren.

Was plant ihr für die Zukunft?

Die KV-Verhandlungen für den FSW finden im Mai/Juni statt, weshalb wir zurzeit in einer heißen Vorbereitungsphase sind. Aktuell fokussieren

wir uns auf die nächste Betriebsversammlung, da bei dieser die Forderungen des ODW für die kommenden KV-Verhandlungen abgestimmt werden und wir unsere zentralen Forderungen (20% Lohnerhöhung und eine 35-Std.-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich) einbringen und durchsetzen wollen. Außerdem arbeiten wir an Aktionen, mit denen wir auf bestehende Missstände aufmerksam machen und Druck aufbauen können. Die Überlegungen zu diesen Aktionen reichen von Kundgebungen über Kreideaktionen bis hin zu weiteren Unterschriftenaktionen, wir treffen uns 2x im Monat und planen zurzeit unsere nächsten Schritte.

Info

Der Fond Soziales Wien (FSW) ist verantwortlich für die Vergabe von Förderungen für den privaten Sozialbereich in Wien, d.h. die Entscheidung, welche Vereine wie Pflege, Betreuung oder Jugendarbeit anbieten können. Gegründet wurde er 2000 als Ausgliederung von staatlichen Aufgaben in eine privatwirtschaftliche Organisation mit dem Ziel, den Sozialbereich stärker kapitalistischer Kosteneffizienz zu unterwerfen. Die Förderpolitik des FSW führt zum ständigen gegenseitigen Unterbieten der Vereine – mit katastrophalen Auswirkungen für Klient*innen und Beschäftigte. Während der Pandemie gab es wiederholt Proteste und sogar Streiks gegen die Schließung von notwendigen Unterkünften für Geflüchtete und wohnungslose Menschen durch den FSW. Innerhalb des FSW herrschen teilweise katastrophale Arbeitsbedingungen für die 2.400 Beschäftigten. Seit Sommer 2022 organisieren sich Kolleg*innen bei Obdach Wien dagegen. Die gesamtgesellschaftliche Rolle des FSW macht diese Organisation besonders wichtig.

WSW: Kämpferischer Betriebsrat bestätigt

Bei einer Wahlbeteiligung von über 75% konnte die Basisinitiative "bewsw" 6 von 7 Mandaten beim Wohnservice Wien erreichen. Wir sprechen mit Irene Mötzl – einer der wiedergewählten Betriebsrät*innen und Mitglied der ISA.

Was macht eure Betriebsratsarbeit aus?

Unsere Liste versteht sich als Kollektiv. Die aktuellen Herausforderungen in der Betriebsarbeit kann man nicht in Form einer "one-man-show" bewältigen. Außerdem verstehen wir uns als Vertretungsorgan der Belegschaft, das nicht für, sondern mit den Kolleg*innen Entscheidungen trifft. Wir haben keinen Stellvertretungsanspruch, sondern versuchen so gut es geht als Belegschaft gemeinsam zu handeln. Das bedeutet z.B., dass wir Entscheidungen transparent und demokratisch im Betrieb treffen. Wenn wir Betriebsvereinbarungen verhandeln, gibt es immer eine demokratische Abstimmung



darüber. Außerdem versuchen wir, unseren Einsatz im Betrieb mit größeren politischen Themen zu verbinden. Deshalb haben wir uns auch an der Organisation der betriebsübergreifenden Betriebsversammlungen im öffentlichen Raum am 8. März beteiligt. Auch Initiativen für Klimagerechtigkeit oder Kämpfe von Eltern und Lehrer*innen gegen die Mangelverwaltung an den Pflichtschulen sind uns wichtig.

Was plant ihr in nächster Zeit?

Zu den aktuell wichtigsten Themen gehören aus meiner Sicht eine bessere "Work Life Balance" – viele wollen kürzer arbeiten. Dafür braucht es sinnvolle und faire Teilzeitmodelle und Homeoffice-Vereinbarungen. Aufgrund

der Teuerung ist das für viele aber auch eigentlich nicht leistbar. Aber natürlich kratzen diese Lösungen nur an der Oberfläche. In Wahrheit brauchen wir eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und mehr Personal. Das ist aktuell auch eine der wichtigsten feministischen Forderungen, die auch im Rahmen der Betriebsversammlungen am 8. März aufgestellt wurde. Aber uns ist natürlich klar, dass das im Betrieb alleine kaum umzusetzen ist und es dafür einen gemeinsamen Kampf der gesamten Arbeiter*innenbewegung braucht. Deshalb wollen wir uns, wie schon in der Vergangenheit auch, weiterhin gemeinsam mit anderen Betriebsrät*innen für kämpferische und vor allem auch demokratische Gewerkschaften einsetzen.

Unsere Gesundheit, ihre Krise – Widerstand!

In den letzten Jahren – und verstärkt seit Corona – haben sich die Zustände im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich international immer weiter verschlechtert, aber auch verstärkte Proteste entwickelt – von Britannien bis Myanmar. Die ISA und ROSA mobilisieren international rund um den 12.5., den "Tag der Pflege" um Forderungen wie mehr Personal und gemeinsamen Kampf.

Auch in Österreich haben in der Branche in den letzten Jahren Proteste und auch Streiks zugenommen. Trotzdem weigert sich die

Gewerkschaftsführung, Streiks zu organisieren, um durchzusetzen, was für Beschäftigte und Patient*innen nötig ist. 2022 gab es zwar eine kleine Kampagne mit einer Großdemonstration am 12.5., deren Druck auch zur Pflegereform beigetragen hat. Aber spätestens jetzt wissen wir, dass diese Reformen nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein waren und sich die Situation seitdem weiter verschlimmert hat. Umso wichtiger ist eine gewerkschaftliche branchenübergreifende Kampagne mit einem Eskalationsplan, der Streiks vorsieht, die von

unten organisiert werden. Gemeinsam mit Pflegenden*innen, Beschäftigten im Sozialbereich etc. wollen wir in dieser "Frauenbranche" Proteste organisieren und gleichzeitig Basisorganisation vorantreiben – z.B. in konkreten KV-Auseinandersetzungen wie beim Fonds Soziales Wien oder im Kampf für bezahlte Praktika in Betreuungsberufen. Ein Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem, in dem tatsächlich die Versorgung von Menschen im Mittelpunkt steht, geht nur ohne Kapitalismus. Mach mit!

Jeder Tag ist Frauentag

Am Internationalen Frauenkampftag, dem 8. März gingen österreichweit 15.000 Menschen auf die Straße. Darüber hinaus fand, von ISA-Mitgliedern bzw. Betriebsrät*innen initiiert, eine öffentliche Betriebsversammlung mehrerer Sozialeinrichtungen in Wien statt.

In Linz mobilisierte die ISA gemeinsam im Bündnis „Do It Yourself: Frauentag Linz“ für eine lautstarke und politische Demo mit 10 konkreten Forderungen, von umfassender kostenloser Kinderbetreuung bis hin zum Sturz des kapitalistischen Systems – ganz im Geiste der Gründerinnen dieses Kampftages. Trotz des Versuchs von SPÖ, Grünen, NEOS und kirchlichen Strukturen, mit einer eigenen Demo das unabhängige DIY-Bündnis auszubooten, schlossen sich uns über 300 (vor allem junge) Menschen an.

Fast 10.000 Teilnehmer*innen demonstrierten in Wien – ROSA und ISA waren mit einem kämpferischen Block in Solidarität mit der revolutionären Bewegung im Iran dabei. Aber auch im Vorfeld machte

ISA in Aktion



die ROSA-Aktivist*innengruppe mit einer Aktion am Valentinstag auf die hohe Rate an Femiziden in Österreich aufmerksam.

Die Demo in Graz erreichte leider nicht die Größe, die sie in der Vergangenheit schon mal hatte. Hier hätte vor allem die KPÖ als stärkste und regierende Partei in der Stadt die Möglichkeit und Verantwortung, den 8. März zu einer Massenmobilisierung gegen Sexismus und das Kaputtsparen des Care-Sektors zu machen – eine verpasste Chance! Wir traten dort für einen sozialistischen Feminismus, der nicht nur redet, sondern auch kämpft, ein.

Insgesamt zeigte sich, dass der 8. März als Aktionstag international nichts an Bedeutung eingebüßt hat und immer mehr Menschen ihre Wut über Sexismus und ein System, das grundlegende Rechte nicht garantieren kann, ausdrücken.

Wir sind auch die restlichen 364 Tage aktiv – und das nicht nur mit Gruppen in Österreich, sondern weltweit: So trafen sich gleich zwei Wochen danach über 200 Aktivist*innen aus aller Welt bei der internationalen ROSA-Konferenz in Wien, um den Aufbau einer globalen sozialistisch-feministischen Bewegung zu diskutieren. Schließ dich dem Kampf an!

Unterbau: erfolgreicher Aktionsmonat

Im März rief die Basisinitiative universitärer Beschäftigter „Unterbau“ zum Aktionsmonat gegen prekäre Arbeitsbedingungen auf – zentrale Forderung ist dabei die Streichung des UG §109, der in der Praxis nach 8 Jahren befristeter Beschäftigungsverhältnisse an einer Institution ein Berufsverbot dort bedeutet. Unterbau organisierte eine Pressekonferenz, eine Podiumsdiskussion mit Aktivist*innen und Expert*innen, einen „Tag der prekären Lehre“ vor der Universität Wien inklusive „Suppenküche“ und, am 23.3., eine Großdemonstration. Die Demo war de facto ein Streik – Sie war eine öffentliche Betriebsversammlung in der Arbeitszeit, zahlreiche Lehrveranstaltungen fielen aus. Kolleg*innen der TU

Wien und anderer Unis schlossen sich an, ebenso wie zahlreiche Studierende, die schon im Vorfeld Solidarität gezeigt und mobilisiert hatten. Sebastian Kugler, Universitätsassistent, Unterbau-Aktivist und ISA-Mitglied meint dazu: „Die Betriebsversammlung und gemeinsame Demo mit den Studierenden und anderen Initiativen im Bildungsbereich war ein großer Schritt vorwärts im Kampf um dringend notwendige Verbesserungen – nun müssen wir diesen Schulterschluss mit Basisinitiativen und kämpferischen Betriebsrät*innen und Personalvertretungen in anderen misstandsgeplagten Sektoren des Bildungsbereichs festigen, um einen gemeinsamen Bildungstreik zu organisieren!“



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 311 | 04/2023

SCHWERPUNKT

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



Foto: Bwag/CC-BY-SA-4.0

FPÖ AUF PLATZ 1:

DAS MACHT ANGST-ZU RECHT!

von Peter Hauer

Sonntagsfrage vom 2.3.23, die FPÖ steht auf Platz 1 mit 29%, Zugewinne bei den letzten Wahlen, Regierungsbeteiligung in Niederösterreich und keine Kraft in Sicht, die es schaffen könnte, sie zu stoppen. Auch international sind die Rechten am Vormarsch, dazu Angriffe auf Frauen und LGBTQIA+ in den USA, Angriffe aufs Streikrecht in England, Deutschland... Auch die außerparlamentarische Rechte wird stärker. All diese Entwicklungen vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise inklusive enormer Inflation, die die Löhne dahinrafft, vergleichbar mit den 1920er Jahren. Es gibt Parallelen zum Aufstieg der faschistischen Parteien. Drohen uns wieder faschistische Regime? Die Herrschenden setzen wieder vermehrt auf reaktionäre

Ideen und die dazu gehörenden Parteien. An faschistischen Systemen aber hat das Kapital aktuell kein Interesse. Die FPÖ agiert in diesem Spannungsfeld, sie profitiert von der wachsenden Unzufriedenheit, aber sie kämpft auch intern mit den unterschiedlichen Interessen. Sie ist, trotz Verbindungen zu den faschistischen Identitären und den vielen Burschenschaftlern, nicht selbst als Ganzes faschistisch. Sie pflegt zwar enge Kontakte in die Corona-Leugner Szene, man trifft sie dort auf Demos, allerdings mobilisiert sie selbst kaum und kann das Protestpotential nur bedingt für die dauerhafte Stärkung der Partei nutzen. Und wenn sie in der Regierung ist, setzen sich jene Teile der FPÖ durch, die hauptsächlich an Posten interessiert sind. Trotz der Zugewinne ist es fraglich, welchen Kurs die FPÖ nimmt. Die

alten Konflikte, ob man staatsmännisch agieren und knallharte Sparpolitik im Sinne des Kapitals durchdrücken oder weiter auf Fundamentalopposition machen soll, sind stets da. Bis vor kurzem schien es noch, also ob die FPÖ für das Kapital ein zu großes Wagnis wäre, weil sie Instabilität bringt, aber die Koalition in Niederösterreich zeigt, dass sich der Wind dreht. Auf jeden Fall steigt in ihrem Fahrwasser der Mut rechtsextremer Kleingruppen. Die einen hetzen, die anderen setzen es in die Tat um. Die Gefahr von Rechts, ob FPÖ oder Identitäre, ist real. Wie können wir die rechte Gefahr, aber auch Rassismus und Kürzungspolitik stoppen? Und welche Rolle können betriebliche Mobilisierungen, die Gewerkschaften und anti-rassistische Bewegungen spielen?

Was Rechtsextremismus stark macht und wie wir ihn bekämpfen

Der Aufstieg rechtsextremer Parteien in den letzten 40 Jahren ist untrennbar mit Hoffnungen und Enttäuschungen der breiten Masse der Bevölkerung verbunden. Die Geschichte wiederholt sich nicht einfach – doch nicht aus ihr zu lernen, bedeutet, Fehler zu wiederholen. Auch heute profitieren Rechtsextreme von der Wut über die Krise des Systems und bedienen in Wirklichkeit die Interessen des Kapitals.

von Albert Kropf

Der Aufstieg des Rechtsextremismus seit 40 Jahren ist untrennbar mit Hoffnungen und Enttäuschungen der breiten Masse der Bevölkerung verbunden. Eine der letzten dieser Hoffnungen war die Wahl Mitterrands 1981 zum französischen Präsidenten. Frankreich war seit Ende der 70er Jahre immer stärker in eine wirtschaftliche, dann gesellschaftliche Krise gerutscht. Die Arbeiter*innenklasse bezahlte u.a. mit hoher Arbeitslosigkeit. Die Hoffnungen auf Änderung bündelte Mitterrand im Wahlkampf in sozialen Themen: Arbeitszeitverkürzung, Senkung des Pensionsalters, Verstaatlichung von Schlüsselbetrieben usw.

Doch bald sah sich die Regierung einem Unternehmensstreik gegenüber, die Wirtschaft erholte sich nicht, Maßnahmen griffen zu kurz, Eigentumsverhältnisse blieben unangetastet, Reformpläne wurden ausgedünnt. Der Traum war kurz, die Enttäuschung umso tiefer, v.a. bei Arbeiter*innen. Die neoliberale Durchdringung der Wirtschaft und Gesellschaft brachte Deindustrialisierung und Ellbogengesellschaft. Die französische Linke hatte das Vertrauen verspielt. Auf diesem Boden gedeiht der bis dahin unbedeutende, rechtsextreme bis faschistische Front National (heute: Rassemblement National). 1974 erreichte er nicht einmal 1 %, bei den Europawahlen 1984 sind es schon 10 %, 1986, bei Mitterrands zweitem „Wahlsieg“ knapp 15 %. Mit rassistischen Parolen dringt er in einstige Hochburgen der Sozialistischen und Kommunistischen Partei ein.

Schauplatzwechsel: Innsbruck 1986, Bundesparteitag der FPÖ. Seit ihrer Gründung war sie Sammelbecken ehemaliger Nazis und Burschenschafter

mit kleinem wirtschaftsliberalem Flügel. Die von der ÖVP dominierte Wirtschaftskammer stützt sich auf Klein- und Mittelbetriebe. Die Industriellenvereinigung aber hatte auch immer ein politisches Standbein in der FPÖ. Die SPÖ steht wirtschaftspolitisch für die Großbetriebe der ehemaligen Verstaatlichten bzw. zunehmend für ausländische Konzerne. In manchen wirtschaftspolitischen Fragen spricht das österreichische Kapital nicht mit einer Sprache: Z.B. zur EU oder zu den Russland-Sanktionen. Enge Wirtschaftsbeziehungen zu Russland auf der einen Seite, die engen Bindungen an EU- und US-Markt auf der anderen, der Wunsch nach internationalem Handel oder dem Schutz z. B. durch Zölle – unterschiedliche wirtschaftliche Bedürfnisse setzen auch heute auf unterschiedliche politische Partner.

In den 1950er und 60er Jahren hielt die SPÖ mit dem Argument, das bürgerliche Lager zu spalten, die FPÖ am Leben. Die Wahlrechtsreform 1970 sicherte ihr den Verbleib im Parlament. Die SPÖ-FPÖ-Regierung half ihr 1983 zwar aus dem rechten Schmuttel-Eck, vergraulte aber Wähler*innen. 1986 übernahm Jörg Haider aus dem rechten Lager die Parteiführung vom liberalen Flügel, der in der Regierung bleiben wollte. Ein Widerspruch, in dem die FPÖ bis heute steckt und der sie immer wieder zu zerreißen droht.

Aufstieg der FPÖ geht einher mit Abstieg der SPÖ

Auch Kreisky hatte die Wahlen 1970/71 mit sozialen Themen und einer Aufbruchsstimmung gewonnen, er steht bis heute für die Verbesserung des Lebensstandards weiter Teile der

Bevölkerung. In Wirklichkeit brachte er aber v.a. Aufholen, Modernisierung und Heranführen der Wirtschaft an die internationale Konkurrenz. Die Außenwirtschaft blühte, Österreich wurde zum Zulieferer der deutschen Autoindustrie. Alles staatlich gefördert und die Republik stand folglich mit einem Berg Schulden und einer für die jetzt modernisierte Privatindustrie überdimensionierten Verstaatlichten da.

Es folgten Privatisierung, Stellen- und Sozialabbau – und eine FPÖ, die sich als „Opposition“ aufspielte, während die SPÖ ihre Basis in der Arbeiter*innenklasse zunehmend verlor. Der ÖGB hielt, anstatt Kämpfe zu organisieren, die Mitglieder still und winkte „Reformen“ im Parlament und Betrieb ohne nennenswerten Widerstand durch. In dieser Situation hat Haider 1986 die FPÖ übernommen und erkannte das Vakuum, das durch die Verbürgerlichung der SPÖ entstanden war. Er dreht die FPÖ vom Deutschennationalismus zur österreichischen Heimatpartei mit sozialen Themen und Ausländer*innenfeindlichkeit. Durch



jahrzehntelange Sozialpartnerschaft entwaffnet und ohne politische Vertretung drang die FPÖ immer tiefer die Arbeiter*innenklasse ein. Auch heute, angesichts einer immer schwierigeren wirtschaftlichen Lage verlangt das Kapital staatliche Unterstützung, die durch Reallohnverluste und weiteres Ausbluten des Sozialsystems finanziert werden soll. Der ÖGB ist zahnlos, der Frust über die Regierung und das ganze System wächst, ohne dass es von links ein nennenswertes Angebot zu Widerstand und Organisation gibt.

Die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie hatte die Arbeiter*innenklasse ohne politische Vertretung zurückgelassen. Ein Vakuum, das damals

gegen „die da oben“, um sich selbst an den Futtertrögen zu bedienen wenn diese in Reichweite sind. Die Herrschenden brauchen mehr Repression, Rassismus und Sexismus gerade weil ihr ganzes System wankt – und die Rechtsextremen sind dafür gute Bündnispartner auch für „gemässigte“ bürgerliche Parteien.

Der neuerliche Aufstieg der FPÖ – sowohl nach den blau-schwarzen Regierungen 2000–06 wie nach der letzten unter Kurz-Strache – ist auch Ausdruck der tiefen politischen Krise. Spätestens seit Kurz versucht die ÖVP die FPÖ zu kopieren und rechts zu überholen. Damit hat die ÖVP zwar Wahlen gewonnen, aber zum Preis einer erhöhten

Für eine neue politische Kraft links von SPÖ und Grünen, eine neue sozialistische Bewegung und Partei, die konsequent die Interessen von Arbeitnehmer*innen und Jugendlichen vertritt.

– unser Anti-FPÖ-Programm von 1997

wie heute von Rechtsextremismus und Populismus gefüllt wird: Der Aufstieg von Bolsonaro wurzelt in der Enttäuschung über Lula, der linke Sanders wäre im Gegensatz zur rechten Clinton oder Biden eine echte Alternative gewesen, auch für Trump-Wähler*innen aus der Arbeiter*innenklasse.

Der Spagat zwischen knallhartem Wirtschaftsliberalismus und Populismus hat die FPÖ immer, wenn sie regierte, in Krisen gestürzt.

Denn bei aller Rhetorik blieb sie immer die Partei des Kapitals und Spitze des Neoliberalismus. Früher als andere Parteien änderte sie ihre Propaganda hin zur „sozialen Heimatpartei“ und versteckte ihr Programm hinter Populismus. Sie wettet

Instabilität und des Spagats, an dem die FPÖ immer wieder zerrissen ist.

Um die Rechten wirkungsvoll bekämpfen zu können, muss man verstehen, was sie stark macht: Und das sind nicht „charismatische Führer*innen“ oder „dumme“ Wähler*innen, sondern wirtschaftliche und politische Krisen bei gleichzeitigem Fehlen einer kämpferischen Arbeiter*innenbewegung und starken linken Alternative.

Die Geschichte wiederholt sich nicht einfach. Das Auf und Ab populistischer Rechtsparteien wird sich nicht endlos wiederholen. In jeder „Enttäuschung“ liegt die Gefahr zunehmender Frustration und Radikalisierung der wieder stärker in die Mühlsteine geratenen Mittelschichten. Das kann die Gefahr, die von Parteien wie der FPÖ ausgeht auf eine neue Stufe stellen. In jeder Enttäuschung v.a. breiter Schichten der Bevölkerung liegt aber auch das Potential für Widerstand und soziale Bewegungen. Aufgabe als Sozialist*innen ist es, aktiv in Kämpfe einzugreifen, sie voranzutreiben und den Widerspruch zu sämtlichen etablierten Parteien aufzuzeigen. All das ist nötig, damit eine neue Arbeiter*innen-Partei aus diesen Kämpfen entsteht, eine neue politische Vertretung. Nur so können wir die scheinbare Endlosschleife der Auf und Abs der FPÖ durchbrechen!



Marx Aktuell: Migration

von Anna Hiermann

Das Thema Migration ist nicht erst seit dem Aufstieg der FPÖ populär. Schon 1870 schrieb Karl Marx über die irischen Arbeiter*innen, die von der englischen Bourgeoisie brutal ausgebeutet und als Lohndrucker*innen missbraucht wurden und die drohte, jene englischen Arbeiter*innen zu entlassen, die die niedrigeren Löhne nicht akzeptierten. Das schürte den Hass der englischen Arbeiter*innen gegen ihre irischen Kolleg*innen. In der 2. Internationale ging die Diskussion weiter. Manche in der Sozialdemokratie meinten, dass man unter den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen Arbeiter*innen bestimmter „Rassen“ die Einwanderung verwehren müsse. Das wäre der einzige Weg, die „eigenen“ Leute vor Lohndumping zu schützen. Anstatt die gemeinsamen Klasseninteressen von Arbeiter*innen verschiedener Nationalitäten zu vertreten, halfen sie, die Arbeiter*innenklasse mit der bürgerlichen, nationalistischen Ideologie der Herrschenden zu spalten. Diese Spaltung wird ebenso heute praktiziert. Vorne voran die FPÖ, getreu ihrer aktuellen Wahlplakate „Festung Österreich – Grenzen schließen – Sicherheit garantieren“. Die SPÖ ist nicht viel besser: Sie möchte Migration mehr kontrollieren. Konkret meint sie damit weniger „Wirtschaftsflüchtlinge“ aufzunehmen. Jedoch ist die Trennung zwischen „Kriegsflüchtlingen“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ künstlich. Klimakrise, imperialistische Ausbeutung, Krieg und wirtschaftliche Probleme hängen zusammen. Diese Diskussion erinnert stark an eine andere: In Wirtschaftskrisen werden Frauen wieder zurück an den Herd gedrängt, damit sie Männern nicht die Arbeitsplätze „wegnehmen“. Auch heute behaupten gewisse Rechte, der verstärkte Eintritt von Frauen ins Arbeitsleben hätte zu Lohndumping geführt und daher müssten sich Frauen wieder auf ihre „naturgegebene Rolle“ besinnen. Schlussendlich haben Arbeiter*innen – Österreicher*innen wie Migrant*innen, Frauen und Männer – dasselbe Interesse. Nämlich Löhne und Arbeitsbedingungen, die ein würdevolles Leben ermöglichen. Spaltung entfernt uns von diesem Ziel.



Wie Rassismus überwinden?

von Jan Millonig

Die etablierten Parteien drängen die FPÖ nicht zurück. Ganz im Gegenteil: In Worten und Taten zeigen sie, dass sie selbst auch für eine Politik für Reiche und Großkonzerne sowie für Rassismus stehen. Ob SPÖ und NEOS mit Kürzungen im Bildungsbereich oder Energiepreiserhöhungen in Wien oder ÖVP und Grüne in der Bundesregierung. Aber auch in der rassistischen Hetze versuchen sie, die FPÖ eher einzuholen als zu kontern. Die „das Boot ist voll.“-Logik findet man mittlerweile bei jeder Partei im Programm. Gleichzeitig rollen sie der FPÖ den roten Teppich am Weg zur Macht aus, wie die Koalition von ÖVP und FPÖ in Niederösterreich zeigt, aber auch die Offenheit großer Teile der SPÖ-Führung für Koalitionen.

Nötig wären echte Antworten auf die soziale und wirtschaftliche Krise, die sich nicht der kapitalistischen Profit- und Sparlogik fügen, um enttäuschten Schichten deutlich zu zeigen, dass die Rechten keine Alternative zum Establishment darstellen, sondern Teil davon sind. Aber auch im Kampf gegen Rassismus dürfen wir uns nicht länger von der Heuchelei und den Lippenbekenntnissen der etablierten Parteien einlullen lassen, sondern müssen Proteste von unten organisieren, um z.B. Diskriminierung oder Zugangsbeschränkungen zu bekämpfen. Die FPÖ ist vor allem deshalb stark, weil eine sichtbare Alternative zur herrschenden Politik fehlt und das ständige Versagen dieser nicht von Widerstand von unten herausgefordert wird. Wenn Menschen selbst für ihre Rechte kämpfen, merken sie sehr schnell, wer

tatsächlich auf ihrer Seite steht und wer nicht. So geriet die FPÖ in der Auseinandersetzung um den 12-h-Tag (eingeführt von der schwarz-blauen Koalition) ziemlich unter Druck. Aber auch die Solidaritätsbewegung mit Flüchtlingen 2015 konnte breiten Schichten zeigen, dass es der Staat ist, der versagt und nicht die Geflüchteten das Problem sind.

Dabei bei moralischen Appellen oder Linkspopulismus a la „Es ist genug für alle da!“ stehen zu bleiben, reicht aber nicht. Denn tatsächlich ist im kapitalistischen System nicht „genug für alle da“. Erst wenn wir den Unterschied zwischen Arm und Reich nicht mehr als gegeben hinnehmen, können wir erkämpfen, dass der Reichtum in der Gesellschaft für die Bedürfnisse aller eingesetzt wird. Diese Perspektive muss eine linke Kraft aufzeigen, sonst gerät sie schnell selbst in eine „Besserverwaltung des Mangels“.

Gemeinsamer Kampf statt Bevormundung

Die Erkenntnis über die eigene Macht gewinnt man am besten, wenn man gemeinsam mit anderen für echte Verbesserungen kämpft. Im Gegensatz zu einer NGO-mäßigen Flüchtlingshilfe, die sich stellvertretend für Betroffene einsetzt, oder die Beschränkung auf „mehr Bildung“, die Menschen oft von oben herab belehrt. Denn das ändert die realen Widersprüche (zu wenig Wohnraum, zu wenig Sozialleistungen usw.) nicht. Aber der gemeinsame Kampf für ein gutes Leben für alle gegen eine herrschende Elite, die von der Ausbeutung und Unterdrückung der Vielen profitiert, ändert die reale Situation und das Bewusstsein. Der

gemeinsame Protest von migrantischen und „hiesigen“ Schüler*innen gegen rassistische Angriffe kann klarmachen, dass nicht Migrant*innen das Problem sind, sondern eine Politik, die das Bildungswesen kaputtspart und Schüler*innen (mit und ohne Migrationshintergrund) alleine lässt. Bei Streiks im Sozialbereich wird sehr schnell klar, dass insgesamt viel zu wenig Ressourcen für alle Bereiche zur Verfügung stehen und nicht das bisschen, das für Flüchtlingshilfe aufgewendet wird, am Defizit schuld ist. Ein gemeinsamer Kampf von unten für Verbesserungen wird schnell zeigen, wo wirklich was zu holen ist: Nicht bei denen, die schon nichts haben, sondern bei den Reichen und Unternehmen, die noch dazu während Corona Milliarden an „Hilfen“ bekommen haben, während wir uns hier unten um die Brösel prügeln sollen. Wie Migrant*innen und People of Colour behandelt werden, macht die Ungerechtigkeit dieses Systems besonders deutlich. BlackLivesMatter und die zahlreichen Beispiele von Selbstorganisation von migrantischen Beschäftigten in verschiedenen Ländern zeigen auch, dass Betroffene das nicht länger akzeptieren.

Arbeiter*innenklasse – vielfältig, aber vereint

Die unterdrücktesten Teile zu verteidigen und Spaltung zu bekämpfen, ist im Interesse aller, die letztlich unter diesem System leiden. Der gemeinsame Kampf gegen jede Diskriminierung und für soziale Verbesserungen wird aufzeigen, dass das eigentliche Problem das kapitalistische System ist und wird helfen, rassistische Spaltung überwinden.

Das Private ist politisch, das Psychische auch!

von Celina

Die österreichische Podcasterin und Kulturwissenschaftlerin Beatrice Frasl hat in ihrem neuen Buch „Patriarchale Belastungsstörung: Geschlecht, Klasse und Psyche“ Fragen von psychischer Gesundheit mit Geschlechterverhältnissen und sozialer Ungleichheit verbunden – eine Verbindung, die das Buch erfolgreich gemacht hat. Dies zeigt, dass das Thema Psyche bewusster als politisch wahrgenommen wird.

Frasl beschreibt anschaulich, mit welchen Problemen Menschen, die therapeutische Hilfe benötigen, in Österreich (aber auch international) konfrontiert sind und welche Hürden ihnen in den Weg gelegt werden. Im Verlauf des Buchs zeigt sie die besonderen Verbindungen von Armut und geschlechtsspezifischen Unterdrückung mit dem Aufkommen psychischer Erkrankungen. Frauen sind aufgrund durchschnittlich niedrigerer Einkommen, vermehrter Arbeitslast durch Care-Arbeit und sexistischen Frauenbildern von vielen psychischen Erkrankungen häufiger betroffen.

Das Buch präsentiert einen guten Überblick über die Allgegenwärtigkeit psychischer Erkrankung, die katastrophale Behandlungssituation in Österreich sowie Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung, denen Betroffene durch das System ausgesetzt sind. Zudem stellt Frasl wichtige Fragen zu gesellschaftlichen Ursachen – denn es ist kein Zufall, dass psychische Erkrankungen mit zunehmender sozialer Ungleichheit und steigender Ausbeutung bei einer gleichzeitigen Zerschlagung hart er kämpfter Arbeiter*innenrechte und sozialer Vereinzelung einhergehen. Ebenso stellt sie richtige Forderungen nach Kassenplätzen für alle und Arbeitszeitverkürzung auf.



Info

Beatrice Frasl: Patriarchale Belastungsstörung. Geschlecht, Klasse und Psyche
Haymon Verlag, 2022, 384 Seiten, Preis: 19,90

Psychische Gesundheit ist eine Klassenfrage

Dennoch bleiben einige Aspekte offen oder unerwähnt. Zum einen blendet Frasl die psychische Gesundheitsversorgung von Menschen abseits binärer Geschlechterkategorien, insbesondere Trans-Personen, vollkommen aus, obwohl diese besonders von den im Buch behandelten Missständen betroffen sind. Zum anderen ist „Klasse“ für sie nur ein Begriff für soziale Benachteiligung – die Arbeiter*innenklasse erscheint damit als komplett passives Opfer des herrschenden Systems.

Damit hängt auch die größte Leerstelle des Buchs zusammen: das Fehlen von Lösungsstrategien. Um Frauenunterdrückung, Ausbeutung, Armut und psychische Erkrankungen in ihrer Wurzel bekämpfen zu können, reicht nicht nur eine allgemeine Kritik am kapitalistischen System und ein paar Forderungen – sondern eine Analyse, wie dies erreicht

werden kann. Sozialist*innen erkennen die Arbeiter*innenklasse nicht nur als eine benachteiligte Gruppe – sie ist die große Mehrheit der Bevölkerung und die Kraft, welche die Gesellschaft am Laufen hält. Das heißt auch: Sie hat das Potential, sich selbst aus ihrer Unterdrückung zu befreien und notwendige Verbesserungen zu erkämpfen. In der Organisierung dieser Kämpfe liegt die Chance für den grundlegenden Wandel, den Frasl will – nicht in notwendigerweise abstrakten Appellen an die Herrschenden, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen (wegen dem dann Sozial- und Gesundheitsleistungen erst recht gestrichen werden).

Darum braucht es einen sozialistischen Ansatz, der den Kampf um Frauenbefreiung, Gesundheit und Antikapitalismus miteinander verbindet und als Klassenkampf versteht. In diesem Sinne ist (Psychische) Gesundheit und Frauenbefreiung eine Klassenfrage: Wir müssen – und können – sie als vereinte Klasse erkämpfen.

Mangel an Medikamenten, weil Pharmaindustrie nach Profiten giert

von Margarita Wolf

Viele Medikamente sind derzeit nicht lieferbar, als Ursache werden Lieferketten-Probleme genannt. Rufe nach der Rückführung der Produktionsstätten in die westliche Welt werden lauter, auch nach Europa. Die Firma Seqens in Frankreich soll 13 Wirkstoffe wieder im Land produzieren, dafür übernimmt der Staat ein Drittel der Kosten. Die zukünftigen Gewinne, wieder finanziert zumindest teilweise aus den Geldern der öffentlichen Krankenkassen, bleiben in privater Hand!

Auch 2019 kam es zu einer Knappheit von 282 Pharmazeutika im ersten Quartal. Darunter ein Chemotherapie-Medikament für Krebsbehandlungen bei Kindern. Nicht Lieferkettenprobleme oder Wirkstoffknappheit waren die Ursache, sondern das Einstellen der Produktion durch eine Firma. Die Entscheidung traf diese allein, weil das Produkt nicht gewinnbringend war. Seitdem wird es nur mehr von einem einzigen Unternehmen hergestellt (Pfizer), eine Monopolbildung, die in der Pharmaindustrie keine Seltenheit ist. Actilyse (das Notfallmedikament bei Schlaganfällen) wird nur von einem einzigen Hersteller erzeugt – Boehringer Ingelheim in Deutschland. Das Unternehmen hat im Sommer 2022 bekannt gegeben, dass es die kommenden 1 ½ Jahre zu Engpässen kommen wird. Der Konzern begründet das mit einer gestiegenen Nachfrage und dem Mangel an Kapazitäten.

Die Pharmakonzerne orientieren sich nicht am Bedarf, sondern an der Gewinnspanne eines Medikaments. Profite stehen im Vordergrund, nicht die Gesundheit der Menschen. Wir fordern im Gegenteil die komplette Überführung der Produktion in gesellschaftliches Eigentum. Auch in welchen Bereichen Forschung betrieben wird, muss demokratisch und im Interesse der Menschen, nicht der Profite

entschieden werden. So kann Mangel verhindert und die Bedürfnisse der Bevölkerung gedeckt werden. Das ist die einzige Alternative zum Wahnsinn des Kapitalismus, der uns krank macht und permanent dafür sorgt, dass wir nicht wieder gesund werden.

Narrenfreiheit bei der Preisgestaltung

Monopole und Patente ermöglichen den Pharmakonzernen, frei über Preis und Verfügbarkeit bestimmen zu können. Die öffentlichen Institutionen sind die größten Abnehmer und finanzieren mit öffentlichen Geldern private Profite: Österreichs ehemaliger Wirtschaftsminister Martin Bartenschein besitzt Anteile an einem Pharmaunternehmen, das 2018 einen Umsatz von 156 Millionen Euro machte. Nach Ablauf der Patente produziert es billigere Generika und verkauft diese gewinnbringend dem österreichischen Gesundheitswesen.

Die Behandlung gegen die seltene Muskelerkrankung SDMA kostet unfassbare 2,125 Millionen Dollar! Nach langen Verhandlungen ist es nun auch in Europa genau um diesen Preis erhältlich. Der revolutionäre Charakter aus medizinischer Sicht ist unumstritten, die Forschung dafür wurde allerdings aus öffentlichen Mitteln bezahlt. Als das Produkt dann fertig ausgefeilt war, hat sich der Multikonzern das Unternehmen einverleibt und kann jetzt den Preis bestimmen. Das jeweilige Forschungsgebiet wird von Prestige und Preisfaktoren bestimmt und hängt stark davon ab, in welcher Region der Erde die Krankheit vorwiegend vorkommt bzw. ob es dort entsprechend zahlungskräftige Abnehmer*innen gibt (siehe dazu Infobox).

Covid-Pandemie verstärkt Widersprüche

Die Pandemie hat das Kräfteverhältnis noch weiter zu Gunsten der

Pharmaindustrie verändert. Die Umsätze und Gewinne in dieser Branche sind unvorstellbar hoch. Zwischen 1999 und 2017 machten die 11 größten Pharmaunternehmen 1.019 Milliarden Dollar Profit – 90,8% dieser Gewinne wurden nicht in Forschung investiert, sondern an die Aktionär*innen ausgeschüttet. Trotzdem wurde die Impfstoffentwicklung größtenteils durch EU-Gelder finanziert, Mittel aus Steuergeldern. Die Profite streichen nun die privaten Unternehmen ein, nicht ein einziger Impfstoff ist ein gesellschaftliches Allgemeingut, sondern ein privates Patent, mit dem Big Pharma weitere Milliarden verdient.

Info

von Katja Straka

Die Entscheidung, wo und in welchem Bereich Forschung betrieben wird, ist von Profit getrieben. 1,7 Milliarden Menschen sind weltweit von NTD (vernachlässigten Tropenkrankheiten) betroffen, wobei die Hälfte der Weltbevölkerung durch sie gefährdet ist (Info: Tierärzte ohne Grenzen). 35% der Erkrankten leben in Regionen südlich der Sahara. Sie sind arm: 50% müssen mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag zurechtkommen. Eine der weit verbreitetsten NTD ist das Dengue Fieber. Jährlich infizieren sich laut Tropeninstitut 284–528 Millionen Menschen weltweit. 2019 starben z.B. auf den Philippinen 1.021, davon 40% Kinder. Erst vor ca. zehn Jahren ist es erstmals in Europa aufgetreten. Seitdem wird an einem Impfstoff geforscht. Dass das Dengue-Virus schon seit mindestens den 1960-er Jahren sein Unwesen im afrikanischen und asiatischen Raum treibt und sich seit Jahrzehnten ausbreitet, war Big Pharma bis dato egal.

Die Rückkehr des größeren Übels

beide Artikel von Christian Steiner

Israel-Palästina hat die 5. Wahl in drei Jahren hinter sich, und auf den ersten Blick scheint alles beim Alten. Seit November 2022 ist Benjamin Netanjahu wieder Premierminister, diesmal in einer Koalitionsregierung mit ultra-rechten und ultra-orthodoxen Parteien.

Diese rufen zu jüdischem Terrorismus gegen Palästinenser*innen auf, sind für eine Geschlechtertrennung in der Öffentlichkeit und religiöse Bekleidungs Vorschriften, sprechen sich gegen die Finanzierung von Organisationen für Menschen mit Behinderungen aus und befürworten Therapien, die darauf abzielen, die sexuelle Identität von Personen zu ändern.



2021 wurde Netanjahu von einer breiten Koalition an Parteien abgelöst. Diese Koalition war sehr brüchig und zerstritten und hatte als einzige Gemeinsamkeit – auch mit den Wähler*innen – Netanjahu um jeden Preis los zu werden. Doch die “Regierung des Wandels” erfüllte ihre Versprechung nicht und versagte auf ganzer Ebene. Dieses Versagen bereitete den Weg für Netanjahus Comeback und sorgt wahrscheinlich für langanhaltende Probleme.

Die neue rechte Regierung führt die Siedlungspolitik fort und intensiviert die Gewalt gegen Palästinenser*Innen. So droht eine weitere Eskalation im Nahen Osten, die alle Menschen in der Region gefährdet. Netanjahus Comeback ist das jüngste Beispiel dafür, was uns droht, wenn der alleinige Fokus in einer Wahl darauf liegt, Kandidat*innen oder eine Partei zu verhindern (Stichwort: Kleineres Übel). Daher ist der Aufbau einer Arbeiter*Innen-Partei als echte Alternative so wichtig.

Für Generalstreik gegen die Regierung!

Die rechtsextreme Regierung plant, demokratische Rechte abzubauen, um ihre Angriffe auf das Streikrecht sowie Frauen- und LGBTQI+ -Rechte durchzubringen. Dazu wurde ein Gesetzesentwurf eingebracht, der es einer Mehrheitsregierung erlaubt, das Veto des Obersten Gerichtshofs auszuschalten.

Aus Angst vor den Schritten in Richtung autoritärem Regime demonstrieren hunderttausende Menschen, in hunderten Städten und Dörfern seit Jänner auf den Straßen und es ist die größte Bewegung seit Jahren.

Weil die Gewerkschaftsführung trotz Druck von unten nichts tut, kommt die Führung der Bewegung aus Establishment und Staatsapparat. Sie wollen keine grundlegende Änderung der Lage, kein Ende der Besatzung, sondern die Beruhigung der

Situation und einen stabilen Rahmen für ihre wirtschaftlichen Interessen. Die Bewegung selbst setzt sich aus sehr verschiedenen Menschen zusammen. Umso überraschender war es, als bei Protesten in Tel Aviv der Slogan “Wo wart ihr in Huwara?” aufkam. Dieser bezieht sich auf das Pogrom in Huwara, wo israelische Siedler*innen palästinensische Häuser in Brand steckten, während das israelische Militär nichts unternahm. Bei einer Rede in der Stadt Beer Sheva wurde gesagt, dass es keine Demokratie geben kann, solange die Besatzung anhält. Das sind wichtige Schritte, die zeigen, wie sich das Bewusstsein bei vielen Aktivist*innen verändert. Socialist Struggle (ISA in Israel-Palästina) Aktivist*Innen sind vor Ort an den Protesten beteiligt und bringen Programm und Forderungen ein. Sie treten für einen Generalstreik

ein – ansetzend an den palästinensischen Lehrer*innenstreiks, den Protesten von Gesundheitsbeschäftigten und Lehrer*innen gegen die Justizreform. Sie fordern die Gewerkschaften auf, einen solchen Generalstreik zu organisieren, die Judikative und Polizei unter demokratische Arbeiter*innen Kontrolle zu bringen, ein Ende der Besatzung und ein Ende der systematischen Diskriminierung von Palästinenser*Innen. Sie verbinden das mit der Notwendigkeit, die steigenden Lebenshaltungskosten zu bekämpfen und fordern echte Rechte für Arbeiter*innen oder wie auf den Plakaten steht „Schluss mit den Angriffen auf unsere Rechte, mit der Herrschaft des Kapitals und mit der Besatzung!“



Frankreich: Nächster Schritt Generalstreik!

von Lena Goeth **Eine Rechnung ohne die Belegschaften**

„Wir leben länger, also können wir auch länger arbeiten!“ – jedenfalls wenn es nach dem französischen Parlament geht. Dass die durchschnittliche Lebenserwartung steigt, ist korrekt, jene von Menschen mit geringerem Einkommen ist jedoch niedriger. Das Pensionssystem muss finanziert werden, „sozial“ wie die Macron-Regierung ist, ist unter gewissen Voraussetzungen eine Anhebung der Pension auf 1.200€ geplant – von der laut einer Hochrechnung 48 (!!! achtundvierzig) Personen profitieren würden. Das Pensionsalter ist von 62 auf 64 und die Beitragsjahre von 41 auf 43 erhöht worden. „Wir“ sollen schließlich alle dazu beitragen, die Pensionen zu finanzieren – nur Firmen wälzen trotz Rekordgewinnen die Last auf die Arbeiter*innenklasse ab. Sie zahlen seit 2019 rund $\frac{1}{3}$ weniger Steuern. Die Abneigung gegen Macrons Pensionsreform ist hoch, jedoch richtet sich die Wut auch gegen die ganze Regierung, die das Gesetz am Parlament vorbei mittels Artikel 49.3 undemokratisch durchgedrückt hat.

Doch warum eine so unpopuläre Maßnahme durchsetzen? Das durchschnittliche Pensionsalter ist in Frankreich vergleichsweise niedrig – in Wirklichkeit geht es darum, die, ohnehin schon sehr hohe, französische Produktivität noch mehr zu erhöhen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Acht der großen Gewerkschaften haben sich verbündet, um die Pensionsreform mit Widerstand zu beantworten, das war 2010 das letzte Mal der Fall. Es gab wochenlange Massenproteste und Streiks. Dass die Regierung Artikel 49.3 einsetzt, ist Ausdruck ihrer Angst davor. Mit dem Beschluss der Reform ist der Kampf aber nicht vorbei. Das Gewerkschaftsbündnis ist aufrecht. Die Proteste werden wohl die größten seit 1995. Weil viele von der Gewerkschaftsführung enttäuscht sind, weil diese zu wenig und zu spät getan hat, bilden sich demokratische Basisstrukturen. Längst geht es nicht mehr nur um die Pensionsreform, sondern gegen die ganze Regierung. Über $\frac{2}{3}$ wollen ihr Ende.

Frankreich erlebt seit dem Herbst eine Streikwelle: Die Streiks, v.a. dort, wo sich an der Basis demokratische Strukturen gebildet haben, treffen das Großkapital da, wo es wirklich schmerzt – beim Profit. Raffinerien stehen still, es gibt Gratis-Strom für Schulen, Spitäler und die ärmeren Viertel, weil die

Arbeiter*innen im Stromwerk deren Zähler auf Null gestellt haben, der öffentliche Verkehr ist massiv eingeschränkt, in Paris streikt die Müllabfuhr.

Die Pensionsreform noch per Klage oder Volksbegehren loszuwerden, wie manche es vorschlagen, heißt, die Wut von der Straße zu bringen. Viel wirkungsvoller wäre ein Generalstreik sowie ein Eskalationsplan (rollierende Streiks, längerer Generalstreik,...), der auch von den Gewerkschaften getragen wird. Andere Regierungen schauen, ob Macron und Premierministerin Borne mit der Reform durchkommen – deshalb ist es auch sinnvoll, die Streikwellen, die einige europäische Länder momentan erleben, zu verbinden. ISA-Mitglieder sind Teil der Bewegung und berichten, dass der Wunsch, Macron und Borne loszuwerden sowie die Forderung nach einem mehrtägigen Generalstreik lauter werden. Denn die Arbeiter*innen sind in Anbetracht der Pensionsreform, der hohen Lebenskosten sowie der halb-diktatorischen Methoden wütender und entschlossener als in den letzten Jahren.

Info

Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (2017) haben Menschen in der untersten Einkommensklasse eine um 7 Jahre kürzere Lebenserwartung. Fast ein Viertel der Männer dieser Gruppe sterben vor der

Pensionierung. Sie zahlen also ihr Leben lang in die Pensionskasse, um am Ende weniger oder gar nichts zu bekommen. Menschen mit mehr Einkommen beziehen dafür länger und höhere Pensionen.

1. Internationale Rosa-Konferenz



beide Artikel von Noah Koinig

Am 18. und 19. März fand die erste internationale sozialistisch-feministische Rosa Konferenz statt, und zwar in Wien. Anwesend waren knapp 200 ISA- und Rosa-Aktivist*innen aus 20 Ländern (ca. ¼ aus Österreich) wie Brasilien, Israel-Palästina, Indien und Südafrika, und Aktivist*innen aus weiteren 11 Ländern waren über Zoom vertreten. Die Konferenz startete am Samstag mit einem Plenum zum Thema „Frau, Leben, Freiheit weltweit“ mit Rednerinnen aus Belgien, Österreich, Brasilien, Iran und den USA. Abgeschlossen wurde das Plenum mit der Rede von Laura, Gründungsmitglied von Rosa Irland, wo sie die Notwendigkeit aufzeigte, verschiedene Kämpfe zu

verbinden, da auch in jeder vergangenen Revolution Frauen und ihre Forderungen eine wichtige Rolle hatten.

Über die beiden Tage hinweg fanden mehrere Runden von Arbeitskreisen zu unterschiedlichen Themen statt. Die ersten beiden Blöcke waren zum Thema „Analyse der wichtigsten Themen unserer Kampagnen“ und „Die aktuelle Welle der Frauenbewegung“.

Der Sonntag startete mit einem kurzen Plenum zu den Grundlagen von sozialistischem Feminismus und es folgten Blöcke zu den Themen „Historische sozialistisch-feministische Kämpfe“ und „Sozialistischer Feminismus in der Praxis“. Diese Arbeitskreise dienten dazu, wichtige Theorien aufzuzeigen und zu analysieren, wie wir sie heute auf

verschiedenen Ebenen umsetzen können, wie z.B. im Pflege-Bereich oder bei der Gewerkschaftsarbeit.

Die Konferenz endete mit einer gemeinsamen Rally unter dem Motto „Wir kämpfen um zu gewinnen“. Auch hier sprachen mehrere Aktivistinnen über die Notwendigkeit einer sozialistisch-feministischen Organisation – genau weil es kein Vertrauen in bürgerliche Organisationen oder Parteien geben kann. Diese Organisation muss dann aktiv verschiedene Kämpfe aufgreifen und verbinden, beispielsweise wie Rosa Belgien, die ihre Initiative „Pride is a Protest“ mit dem Ukrainekrieg und jetzt mit der Care-Krise verbunden hat. Denn wie im Plenum schon gesagt wurde: „Es gibt einen Kampf zu gewinnen!“

Rosa international aufbauen

Während dieses Wochenendes wurde mehrfach hervorgehoben, wieso es notwendig ist, eine sozialistisch-feministische Organisation aufzubauen – beim Plenum, bei Workshops, aber auch bei privaten Diskussionen mit Aktivist*innen aus anderen Ländern. Diese privaten Gespräche haben nochmal das starke Gefühl unterstrichen, ein Teil von etwas Größerem zu sein. Immer wieder erzählten Aktivist*innen von Angriffen und Gewalt gegenüber Frauen, LGBTQ+ Menschen, People of Color und die indigene

Bevölkerung in beispielsweise Kanada und Australien. Gleichzeitig aber erzählten sie enthusiastisch von ihren Kampagnen und Interventionen, wie in „Ni Una Menos“ in Lateinamerika, mit Solidaritätskampagnen zur Revolution im Iran und die geplante Intervention in die Bildungsstreiks in Rumänien.

Wie auch eine Aktivistin bei der Konferenz hervorhob: Sexismus ist kein individuelles Problem, sondern Teil eines globalen kapitalistischen Systems, das darauf aus ist, auch noch

den letzten Besitz einer Frau zu kontrollieren – ihren Körper. Aus diesem Grund ist es wichtig, Rosa gemeinsam und international aufzubauen, um für Veränderung zu kämpfen. Dazu ein Zitat vom ersten Plenum: „Wie können wir erfolgreich sein? Organisieren!“, denn auch wenn dieses Zitat zu Beginn der Konferenz gefallen ist, ist es am Ende wichtiger denn je.



Russland 1917:

Revolution wird gemacht

von Till Ruster

Am Ende dauerte es nur eine Woche, um die 400 Jahre alte Zaren-Dynastie der Romanows zu stürzen. Eine Woche im Februar 1917 (bzw. März, nach dem russischen Kalender) voll Streiks, Demonstrationen und massenhafter Befehlsverweigerungen der Soldaten an der Front genauso wie derer, die den Aufstand niederschlagen sollten. Millionen von Arbeiter*Innen, Soldaten und Bauer*Innen waren beteiligt.

Das repressive System war schon lange morsch. Das Elend des 1. Weltkrieges hatte die Widersprüche zwischen Adel und Armut, Arbeiter*innen und Kapitalist*Innen weiter zugespitzt. Als sich die Wut endlich die Bahn brach, hatte die alte Ordnung keine Chance: Schnelle Reformversuche, um die Monarchie zu retten, halfen nichts.

Wer kann mit der Revolution mithalten?

Räte organisierten alles: Schutz vor Plünderungen, Müllentsorgung, bis zu Gesundheitssystem oder Versorgung der Armee. Räte („Sowjets“), die während des Aufstands überall als Kampforgane entstanden waren. In Nachbarschaften, Kasernen, Dörfern und v.a. Betrieben wurden Delegierte gewählt, die aus ihren Reihen Vertreter*innen wählten, um sich auf Bezirks-, Stadt- und nationaler Ebene zu organisieren.

Revolutionen sind turbulent, was gestern noch heilig war, ist heute überflüssig. Wahlen sind Momentaufnahmen von Stimmungen, die sich aber ständig ändern. Das Räte-System aber lässt zu, dass Delegierte ständig

ab- und neu gewählt werden können. Im Mai fanden die Wahlen zum „1. all-russischen Sowjetkongress“ statt. Zu diesem Zeitpunkt hatten eher gemäßigte Parteien der Linken eine Mehrheit. Sie meinten, das Wichtigste sei jetzt „Stabilität“, also eine Versöhnung mit den alten Eliten und sogar eine weitere Beteiligung am Krieg. Auf dieser Basis wurde eine Unterstützung für eine bürgerliche Regierung ausgesprochen, die es wohl ohne diese Unterstützung nicht gegeben hätte.

Rasch gerieten die Sowjets in einen immer heftigeren Konflikt mit dieser Regierung, die darum bemüht war, möglichst viel der alten Ordnung zu erhalten. Doch am Land fingen Bäuer*innen an, endlich den Großgrundbesitz des Adels auch gegen den Willen der Regierung unter sich aufzuteilen. In den Städten kam es wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen regierungstreuen Soldaten und streikenden Arbeiter*Innen und an der Front weigerten sich die Soldaten, die Befehle der Regierung auszuführen. Konterrevolutionäre Generäle erhöhten den Druck auf die Regierung, um den Zaren mit Gewalt zurück zu bringen.

Revolution sucht revolutionäre Partei

Schon auf dem 1. Sowjetkongress hatten die Bolschewiki, aus denen später die Kommunistische Partei wurde, ihr Programm deutlich gemacht: Die Sowjets sollten die Macht übernehmen und der Sowjetkongress das höchste Gremium werden. Damals waren sie eine Minderheit, aber die Entwicklung gab ihnen Recht. Niemand außer einer

Sowjetregierung konnte die wichtigsten Forderungen der Massen erfüllen: „Land, Frieden, Brot!“.

Die Bolschewiki hatten anfangs wenig Mitglieder, aber hatten sich zunehmend den Ruf als kämpferische Partei erarbeitet. Jetzt wuchsen sie rasant. Sie bemühten sich um die „besten Kämpfer*innen“ aus den Sowjets und konnten ihre Ideen so verbreiten. Sie versuchten, die Erfahrungen und Lehren aus vergangenen Revolutionen zu ziehen. Unermüdlich diskutierten und agitierten sie und orientierten sich an Stimmung und Bewusstsein in den kämpferischsten Teilen der Arbeiter*innenklasse und auch der Bäuer*innen und nicht am liberalen Bürgertum. Nicht was für die Bürgerlichen „möglich“ war, sondern was für die Massen nötig war, war ihr Fokus. Es war der Wunsch nach echter Veränderung und die konkreten Vorschläge der Bolschewiki in den Sowjets, die dazu führten, dass die Sowjets in Petrograd den Sitz der Regierung stürmten und letztlich dem 2. Sowjetkongress die Macht übergaben.

Tausende unkontrollierbare Prozesse und Faktoren machten die Revolution aus. Der entscheidende Augenblick war aber das bewusste Handeln der revolutionären Partei. Erfahrung, Verankerung und Marxismus machten aus den Bolschewiki die richtige Partei für diese Aufgabe und gaben dem russischen Proletariat die historische Chance, den ersten sozialistischen Staat aufzubauen. Die spätere Entwicklung des Stalinismus bricht mit den kämpferischen und demokratischen Prinzipien der Bolschewiki und wird in einem späteren Teil der Serie behandelt.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 311 | 04/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei



NEIN ZUR FPÖ!

NEIN ZU RASSISMUS

UND SOZIALABBBAU!

AUS DEM INHALT

» Droht auch in Österreich die nächste **Wirtschaftskrise** oder sind wir „mit einem blauen Auge“ davongekommen? **Seite 4**

» 1917 siegte die **russische Revolution**. Warum das geglückt ist und was wir für kommende Revolutionen lernen können. **Seite 16**

» **Psychische Probleme** nehmen zu. Beatrice Frasl greift das in ihrem Buch auf, schwächelt aber bei den Lösungen. **Seite 13**